

die Brutalität des SS-Personals, die nur zu oft erfolglosen Überlebensstrategien der Häftlinge und die katastrophalen Umstände der Evakuierungen vor Kriegsende. Abgeschlossen wird die empfehlenswerte Dokumentation mit einem Überblick über die „Entschädigung für NS-Opfer in Polen“ von Stefan Romey, der zwar die aktuellen Auseinandersetzungen um die jetzt endlich gegründete Bundesstiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ nicht mit einbezieht, aber die Geschichte der Entschädigungsverhinderung bis 1998 prägnant nachzeichnet.

Köln

Ursula Reuter

Ann L. Phillips: Power and Influence after the Cold War. Germany in East-Central Europe. Rowman & Littlefield Publ. Lanham, Boulder u.a. 2000. 217 S.

Die reichhaltige Literatur zu Mittel- und Osteuropa nach der Wende von 1989/91 konzentrierte sich bislang auf drei Themenkomplexe: auf die wirtschaftlichen, sozialen und innenpolitischen Transformationsprozesse, auf die Nationalitätenproblematik sowie in jüngerer Zeit auf die Erweiterung von NATO und EU; demgegenüber fand die „klassische“ Außenpolitik weniger Beachtung. Dies mag erklären, warum die Forschungssituation zum neuen internationalen System in Europa noch ausgesprochen konträr geprägt ist, insbesondere was die Rolle Deutschlands betrifft. Während viele deutsche Forscher den Aktionsradius deutscher Außenpolitik gegenüber Ostmitteleuropa durch den institutionellen Rahmen der Europäischen Union vorgegeben sehen, schreiben angelsächsische Politologen Deutschland häufig Attribute einer neuen Hegemonialmacht in Europa zu.

Verdienstvoll ist es daher, daß Ann L. Phillips in ihrer Einleitung und im Kapitel „Debates about German Foreign Policy“ knapp die bisherigen Forschungsergebnisse vorstellt und sie nach den jeweiligen theoretischen Prämissen gliedert. Ihr eigener Ansatz betont drei Elemente: die Wechselwirkung von innen- und außenpolitischen Faktoren, einen Hegemonie-Begriff, der den Fokus auf immaterielle Einflußfaktoren (Ideen, Werte, Überzeugungen) legt, sowie die Aufhebung der klassischen Subjekt-Objekt-Beziehung in der Außenpolitik. Die so als Eingangshypothese angenommene „weiche“ Hegemonie durch Sozialisation kann nur zustande kommen, wenn die ostmitteleuropäischen Länder dies akzeptieren. Deutschland und die drei ausgewählten Länder Polen, Tschechien und Ungarn sind also ebenbürtige Akteure.

Zwei Fallstudien sollen der Thesenüberprüfung dienen: Zunächst werden die bilateralen Aussöhnungsprozesse zwischen Deutschland und Polen, Tschechien sowie Ungarn, dann das Wirken deutscher politischer Stiftungen in den drei Ländern untersucht. Der zeitliche Rahmen erstreckt sich über die Jahre 1990 bis 1995. Dem Manko, keine Literatur in den Sprachen der ostmitteleuropäischen Länder heranziehen zu können, versucht die Vf. in mit einer umfassenden Liste von Interviewpartnern (über 100 Personen) zu begegnen.

Ausgangspunkt der ersten Fallstudie sind die bilateralen Vertragswerke über Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit, die in den Jahren 1991 und 1992 zwischen Deutschland und Polen, der damaligen Tschechoslowakei sowie Ungarn geschlossen wurden. Von dem unterschiedlichen Konfliktgehalt der Abkommen bezüglich Sicht auf die Vergangenheit in den Präambeln, Minderheiten- und Vertriebenenfragen ausgehend, konstatiert die Vf. in einen „Spillover“-Effekt auf andere Politikbereiche wie Asylrecht und Grenzsicherung, Zwangsarbeiterentschädigung, Wirtschaftsbeziehungen oder die EU-Erweiterung. Die vorwiegend auf Pressematerialien gestützte Untersuchung ist leider stark deskriptiv und bietet in der Sache wenig Neues. Zudem werden die theoretischen Schlußfolgerungen im Kern schon in der Kapiteleinführung vorweggenommen: Mit der Entscheidung zum wechselseitigen Prozeß der Aussöhnung verzichtete Deutschland auf eine potentielle Vorrangstellung in der Region; gegen den Willen der ostmitteleuropäischen Partner könne es weder die Bedingungen zur Annäherung diktieren noch Aussöhnungserfolge erzwingen, ohne sich moralisch zu kompromittieren.

Informativer ist die Studie über das Wirken der parteinahen politischen Stiftungen in Ostmitteleuropa, angefangen von der Hans-Seidel-Stiftung über die Konrad-Adenauer-Stiftung, die Friedrich-Naumann-Stiftung bis zur Friedrich-Ebert-Stiftung. Neben den Informationsmaterialien der Stiftungen (Tätigkeitsberichte, Periodika) nutzt die Vf.in hier intensiv Interviewaussagen als Quelle. Von einem gewichtigen externen Einfluß auf den Transformationsprozeß könne keine Rede sein, so die ernüchternde Erkenntnis: Demnach konnten die Stiftungen zwar Erfolge in politisch konfliktfreien Bereichen erzielen, wo der Boden schon durch einheimische Eliten und Kooperationspartner bereitet war; weitergehende Engagements, etwa bei der Unterstützung von Partei- oder Gewerkschaftsneugründungen, scheiterten dagegen. Auch bei außenpolitischen Spannungen, z.B. im deutsch-tschechischen Verhältnis, konnten Vermittlungsversuche der Stiftungen kaum Verbesserungen erreichen.

Ph. kommt zu dem Schluß, daß Deutschland nach 1989 keine politische Hegemonialstellung in Ostmitteleuropa aufgebaut habe. Neben der „egalisierenden“ Aussöhnungspolitik sei dies auf die aktive Rolle der ostmitteleuropäischen Länder zurückzuführen, die von der Forschung bislang unterschätzt worden sei.

Das Buch bietet keine Gesamtschau der deutschen Politik gegenüber Ostmitteleuropa, sondern stellt einen anregenden Diskussionsbeitrag zur Theorie der internationalen Beziehungen dar.

Berlin

Stephanie Zloch

Kulturtransfer Polen – Deutschland. Wechselbeziehungen in Sprache, Kultur und Gesellschaft. Hrsg. von Karol Sauerland. (Historische Forschungen.) Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen. Bonn 1999. 147 S.

Die Publikation geht auf eine interdisziplinäre Konferenz zum Thema der Rolle des Kulturtransfers in Ostmitteleuropa 1996 in Thorn zurück, deren Ausgangspunkt Untersuchungen zu den deutsch-polnischen Beziehungen bilden, die der Gewinnung neuer Sichtweisen und Forschungsperspektiven dienen. Der ein Jahr nach der Konferenz erschienene und für die Forschung wichtige Band „Kulturtransfer im Epochenumbuch Frankreich – Deutschland 1770–1815“, hrsg. von Hans-Jürgen Lüsebrink und Rolf Reichardt, wird in der „Einführung: Kulturtransfer in Ostmitteleuropa“ von Karol Sauerland berücksichtigt.

Die kulturellen und sprachlichen Beziehungen zum christlichen Westen spielten in der polnischen Kultur und Sprache eine entscheidende Rolle. Dieser Problematik geht Józef Grabarek am Beispiel der „Übernahme deutscher Berufsbezeichnungen ins Alt- und Mitteleuropäische als Beispiel des Transfers der technischen Kultur“ nach. Die bereits im 13. Jh. beginnende Einwanderung deutscher Bauern und Handwerker hat grundlegende Änderungen in der Sozialstruktur sowie in der Sprache nach sich gezogen. Selbst in den in Polen zumeist negativ dargestellten Beziehungen zwischen dem militanten Ordensstaat und dem polnischen Nachbarn gab es, wie Zenon Hubert Nowak in seinem Beitrag „Der Deutschordensstaat in Preußen als Beispielfall: Modell und Antimodell für das Polen des 13.–15. Jahrhunderts“ nachweist, durchaus bedeutende Kulturtransfers. Jeglicher Kulturaustausch hängt auch von der Mobilität und den Austauschmöglichkeiten von Menschen ab. Eine wichtige Rolle spielten dabei „bewegliche Personen“ wie der Danziger Bürger Lengnich, dem die Aufmerksamkeit von Włodzimierz Zięntara gilt: Der Einfluß der Studienzeit in Halle auf die Persönlichkeit Gottfried Lengnichts (1689–1774), während Janusz Tandacki die erst Ende des 16. Jhs. beginnende Gesellenwanderung als eine Grundpflicht zur Erlangung des Meistertitels in seinem Beitrag „Gesellenwanderungen in Preußen im Mittelalter und an der Schwelle der Neuzeit“ untersucht. Janusz Małek geht der komplizierten, wechselvollen Entwicklung regionaler und nationaler Identität sowie ethnischer und konfessioneller Minderheiten im Grenzgebiet von Preußen und Nordpolen vom 16. bis 20. Jh. in ihren oft grenzüberschreitenden Umläufen nach, und Mieczysław Wojciechowski gibt über die